

# Hilferding verteidigt sich im Reichstag

## Neue deutschnationale Angriffe

Berlin, 14. Dez. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

### Abg. Dr. Oberjöhren (D.-N.)

führt aus, die Erklärung verschiedener Regierungsparteien bedeute eine glatte Abgabe und ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Praktisch sei der Zusammenbruch des Kabinetts Müller da. Selbst wenn jetzt ein kümmerlicher Ausweg gefunden werde, sei das Kabinett moralisch erledigt.

Hier gelte das Wort des Abg. Quapp: „Sie sind längst tot, Sie wissen es nur nicht!“

Die offene Feldschlacht, in der die Regierung liegen wollte, ist von der Regierung verloren worden. Der einzige Finanzminister, der eine vorläufige Finanzgebarung über, war der deutschnationale Minister v. Schlieffen. Der von ihm angeführte Schlag ist von seinen Nachfolgern verfallen worden, vor allem durch den Minister Reinhold. Die Unmöglichkeit der Lage haben sich zu einem Krisenmoment der deutschen Politik überhaupt entwickelt. Wir haben jetzt keine Staatsführung, sondern eine Methode, die das Volk mit verbundenen Augen in den Abgrund führt. Wir haben einen unehrlichen Etat. Von einer umfassenden Finanz- und Steuerreform ist keine Rede. Den von der Regierung vorgelegten kümmerlichen Vorschlägen fehlt jeder schöpferische Gedanke.

Die deutschnationale Fraktion lehnt die Verantwortung für jede Neubelastung der deutschen Wirtschaft ab. Wenn diese Regierung die Vollmacht für die Daager Konferenz erhält, so wäre das ein Verrat nationaler Interessen, für die das Volk die Zustimmung geben wird.

### Reichsfinanzminister Dr. Hilferding:

Ich bin einigermaßen erstaunt, wenn hier manche Redner die Darlegungen über das Defizit als eine überraschende Offenbarung bezeichnet haben. Ich selbst habe doch unter früheren Regierungen wiederholt auf die bedeutende Stellenlage hingewiesen. Als die jetzige Regierung ihr Amt antrat, mußte sie ein Kassendefizit von mehr als einer Milliarde übernehmen. In den Jahren 1928 und 1927 wurden alle früheren Reversen aufgehoben.

### Was die Frage der künftigen Entwicklung:

Ich gehe aus von den 1700 Millionen, die jetzt das Kassendefizit darstellt. Dieses Kassendefizit wird sich vermindern durch die Ersparnisse auf Grund des Youngplans um 484 Millionen, die ausschließlich dazu benutzt werden sollen, das Defizit von 155 Millionen von 1928 und das in diesem Etat sich bildende Defizit von 800 Millionen abzugeben. Das würde bedeuten, daß sich die 1700 Millionen um rund 450 Millionen ermäßigen. Wir müssen jedoch damit rechnen, daß auch im nächsten Jahr die Arbeitslosenversicherung noch etwa 150 Millionen Zuschüsse erfordern wird. Deswegen legt die Regierung auch so entscheidendes Gewicht darauf, daß diese Beträge sich ermäßigen durch eine Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, die wir Ihnen vorge schlagen haben und deren sofortige Verabschiedung wir wünschen. Wenn Sie also diese beiden Vorschläge — Entlastung durch den Youngplan auf der einen Seite, Zielsetzung der Einnahmen durch die Arbeitslosenversicherung auf der anderen Seite — einleiten, so ergibt sich bei Ende des Etatsjahres, also am 1. April, ein Kassendefizit von 1400 Millionen. Von diesen 1400 Millionen werden 600 Millionen durch die Kreuzergarantie konsolidiert, so daß rund 800 Millionen übrigbleiben. Diesen 800 Millionen stehen gegenüber 400 Millionen Schahwechsel und 100 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn, also im ganzen 500 Millionen reale Deduktionsmittel. Ich möchte jedoch ausdrücklich hinzufügen, daß wir es nicht für wünschenswert halten, wenn diese 500 Millionen immer in Anspruch genommen werden, und daß es Aufgabe der Finanzpolitik sein muß, diese Beträge herunterzuführen. Auf jeden Fall wird aber das April-Kassendefizit sehr wesentlich unter dem des Dezember bleiben.

Angehts dieser Zahlen werden Sie verstehen, wie notwendig es ist, daß wir sofortige Maßnahmen ergreifen. Deswegen schlage ich Ihnen auch vor, einen

### Gesekentwurf zur Konsolidierung der schwebenden Schulden

anzunehmen. Der Gedanke dieses Gesekentwurfs geht dahin, daß in den ordentlichen Etat Jahr für Jahr ein Beitrag eingeleistet werden soll, der zur Verzinsung und Tilgung der Anleihen benutzt wird und daß außerdem Tilgungszuschüsse aus dem außerordentlichen Etat geleistet werden. Wir wissen auch, welche Bedeutung es hat, im Extraordinarium zu stabilen Verhältnissen zu kommen, daß nämlich neue außerordentliche Maßnahmen nicht beschlossen werden sollen ohne ein eigenes Gesetz, in welchem die Ausgaben für die ganze Zeit, die diese Maßnahmen umfassen sollen, genau festgelegt und auch die Deckung genau gegeben wird. Eine Erhöhung des außerordentlichen Etats mit Anleiheemitteln als Deckung halte ich nicht für möglich.

Für die Abdeckung der schwebenden Schulden gibt es zwei Wege, einmal den Weg der Konsolidierung selbst, also der Umwandlung kurzfristiger Schulden in langfristige Anleihen. Der Weg zur Steuererhöhung ist der Regierung vom Reichstag immer mehr verbannt worden. Damit komme ich gleich zu der Gestaltung des Etats 1929.

Ich habe damals im Reichstag einen Etat vorgelegt, der abgelehnt war auf die volle Zahlung der Reparationslast. Der Reichstag wollte diesen Etat aufstellen ohne neue Steuern. Ich habe selbst anerkannt, daß ein Teil der damals vorgenommenen Streichungen außerordentlich dankenswert war. Auf der anderen Seite aber wird allgemein angegeben, daß die Einnahmen zum Teil vom Reichstag entgegen der Ansicht des Finanzministers zu hoch angesetzt worden sind und ein Teil davon nicht eingebracht ist. Ich habe in meiner Etatsrede ausdrücklich erklärt, daß ich im Herbst einen Nachtragsetat vorlegen würde, in dem die notwendigen Korrekturen vorhanden sein würden. Der Nachtragsetat soll das Defizit von 1928 und das zu erwartende Defizit von 1929 decken. Was

### die Etatslage für 1930

betrifft, so ist das ganz selbstverständlich, daß der Etat auch in diesem Jahre mit derselben Strenge und derselben Sparfamkeit wie im vorigen Jahre. Es ist selbstverständlich, daß ich mich von demselben Prinzip leiten ließ, daß alle Streichungen des vorigen Jahres, soweit sie sich rechtfertigen lassen, aufrecht erhalten bleiben sollen. Wir stehen aber auch wieder vor neuen Ausgaben, die durch innere Staatsnotwendigkeiten erfordert werden.

Wir erwarten von der Steuerentlastung einen Auftrieb der Wirtschaft, eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und dadurch weitere Ersparnisse. Die Steuerentlastung wird uns auch eine Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung ermöglichen. Die Befestigung der in der Kommunalverwaltung vorhandenen Schäden muß im Einverständnis mit den Kommunen möglich sein. Die Finanzen der Länder und des Reiches werden von unabhängigen Instanzen geprüft. Das muß sich auch für die Städte erweisen lassen. Das Finanzprogramm ist wirtschaftlich und sozial tragbar. Es wird sein Ziel erreichen, wenn der Reichstag die Regierung unterstützt.

### Abg. Drewitz (Wirtschaftspartei)

gibt seiner Verwunderung Ausdruck, daß die jetzige Regierung den Mut habe, noch Vertrauen von den Parteien zu fordern.

Eine Voraussetzung für die Steuerentlastung sei allein die Herabsetzung der Ausgaben für Reich, Länder und Gemeinden. Bisher merke man aber davon noch nicht viel. Die ungedeckten Mehrausgaben für Beamte und Abgeordnete haben in den letzten zwei Jahren zu einem Kassendefizit von 1700 Millionen Marz geführt. Der eigentliche Verantwortliche sei der Staatssekretär Popitz, der der ruhende Pol in der Erscheinung der Reichsregierung sei. Die sachliche Mitarbeit der Wirtschaftspartei ist leider ausgefallen worden.

Abg. West (Volksrecht) lehnt das Regierungsprogramm ab. Inzwischen ist von der neuen Fraktion der Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft ein Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingegangen. — Abg. Forstner (K.) wirft den Sozialdemokraten Schaumschlägerei vor.

Abg. Dr. Quapp (Dn.) bekämpft die Ausführungen des Reichsfinanzministers. Der Redner kommt dann auf den gefürchten Zwischenfall zurück und erklärt, er habe durchaus nicht die Absicht gehabt, die Kriegsbeschädigten zu beleidigen. Er habe nur einen beleidigenden Jurist des Abgeordneten Verlaß zurückgewiesen.

Abg. Werlach (Soz.) erwidert, Dr. Quapp habe ihm zugerufen: „Hoffentlich sind Sie nur körperlich kriegsbeschädigt“. Darin liege eine Beleidigung aller Kriegsbeschädigten.

Abg. Dr. Quapp (Dn.) bekräftigt diese Absicht. Er habe nur den Abgeordneten Verlaß zurechtweisen wollen. Da von den Parteien noch Verhandlungen gepflogen werden, werden die Beratungen um 1½ Stunde ausgesetzt und auf 3 Uhr vertagt.

## Die Zolländerungsnovelle vor dem Reichstag

### Die Regierung gegen den Reichsrat

Berlin, 14. Dez. Der gestern vom Reichsrat verabschiedete Gesekentwurf über Zolländerungen ist jetzt auch dem Reichstag zugegangen. Die Änderungen, die der Reichsrat vorgenommen hat, sind im Gegensatz zu den sonstigen Gesekentwürfen nicht in die Vorlage hineingearbeitet worden, sondern als besondere Vorlage daneben angebracht. Die Regierung hält damit in allen wesentlichen Punkten ihre Vorlage aufrecht.

Die Reichsregierung erklärt in der Begründung, daß sie den Beseklungen des Reichsrates nicht beitreten könne.

Soweit es sich um Erhöhung von Zöllen handelt, die bereits in Handelsverträgen gebunden oder herabgesetzt sind, müsse der Grundab maßgebend sein, daß eine Kündigung dieser Handelsverträge nicht in Betracht kommen könne. Soweit die Beseklüsse auf Erhöhung von Zöllen abzielen, die bisher handelsvertraglich nicht herabgesetzt worden sind, müsse in Betracht gezogen werden, daß diese Industriezweige bislang einen unverminderten Zollschutz und daher gegenüber anderen Industrien bisher schon einen Vorteil genossen haben. Diesen Vorteil durch Deraufhebung der Zölle jetzt noch zu vergrößern, erscheine nicht gerechtfertigt.

## Ein Korb für Lambach

### Die Auseinandersetzungen bei den Hamburger Deutschen

Hamburg, 14. Dez. Der Landesverband der Deutschen nationalen Volkspartei Hamburgs veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, daß die vor einigen Tagen veröffentlichte Entlassung des Angestelltenausschusses der Deutschen nationalen Volkspartei von drei Vorstandsmitgliedern des Ausschusses gefakt worden sei, ohne den Angestelltenausschuß überhaupt zu hören. „Die Angeheßen im Landesverband Hamburg der Deutschen nationalen Volkspartei“ sei heißt es in der Mitteilung weiter, „denken nicht daran, sich in politischen Fragen hinter Herrn Lambach zu stellen, dessen disziplinäre und grundsätzliche Haltung sie schon seit langem verurteilt haben. Sie stehen fest hinter der klaren, gradlinigen Haltung des Parteiführers.“

## Konkurrenzneid auf Deutschlands Luftflotte

### Ein Vorstoß des „Excelsior“

Berlin, 14. Dezember. Nach einer gestern verbreiteten Meldung des Pariser Blattes „Excelsior“ sollen zwischen England und Frankreich Verhandlungen über eine an Deutschland zu richtende Note schweben, in der der

### Benachteiligung der Alliierten

über die Entwicklung des deutschen Flugwesens und über den geringen Unterschied der deutschen Handelsflugzeuge von Militärmaschinen Ausdruck gegeben werden soll. An den deutschen zuständigen Stellen ist von einem derartigen englisch-französischen Schritt bisher nichts bekannt. In maßgebenden Kreisen der deutschen Luftfahrt vertritt man den Standpunkt, daß die Meldung des genannten Pariser Blattes nichts anderes als einen Versuchsballon zu politischen und wohl auch zu wirtschaftlichen Zwecken bedeutet. Im nächsten Frühjahr beinhalten in Genf die weiteren Verhandlungen über die Vereinerung der Kriegsmächte, und es muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß

### Frankreich immer daran festgehalten hat, die Handelsflugzeuge als eine verkleinerte Reserve für das Militär-Flugwesen zu bezeichnen,

während Deutschland und andere Staaten immer wieder auf die grundlegenden Unterschiede zwischen Handels- und Militärmaschinen hingewiesen haben. Im übrigen wird die Grundlosigkeit der französischen Beseklüsse hinsichtlich des deutschen Flugwesens am besten durch die Tatsache charakterisiert, daß Frankreich und seine Alliierten allein Kriegsluftflotten von Tausenden von Maschinen unterhalten, während es in Deutschland bisher im ganzen kaum tausend zivile Handelsflugzeuge gibt, und zwar Verkehrs-, Sport-, Lichtbild-, Kessels- und Schulflugzeuge mit Einschluß der ältesten Typen. Die

### Deutsche Luftflotte verfügt insgesamt über etwa 300 Maschinen.

Es ist auch nicht unmöglich, daß man in Frankreich schon jetzt Vorkehrungen dagegen treffen wird, daß die Besekänkungen, denen das deutsche Sportflugwesen noch immer unterworfen ist, etwa allmählich auf Grund neuer internationaler Vereinbarungen in Fortfall kommen könnten, und schließlich ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß hinter diesem Vorstoß des „Excelsior“ wirtschaftliche Besekranke wegen der zunehmenden Konkurrenz Deutschlands im außer-europäischen Kulturverkehrsgebiet stehen, wobei es sich in erster Linie um die Verteilung der

### französischen Interessen im Südamerikadenst

handeln dürfte. Die Vorbereitungen, die Deutschland mit dem Bau von Riesenschiffen und mit der Entsendung von Expeditionen zu Erkundungszwecken auf dem Gebiet der Schaffung eines künftigen Transatlantikverkehrs trifft, werden natürlich in Frankreich aus Konkurrenzgründen sehr aufmerksam verfolgt.

## Eine neue Fraktionsgemeinschaft

Berlin, 14. Dez. Die Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft und die Christlich-Nationale Bauernpartei haben sich unter voller Wahrung ihrer Selbstständigkeit zu einer Fraktionsgemeinschaft im Sinne der Geschäftsordnung des Reichstags zur Ausnutzung der parlamentarischen Arbeitsmöglichkeiten zusammengeschlossen. Die Fraktion führt den Namen „Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft“.

## Die Demokraten zur Reichsreform

Berlin, 14. Dez. (Vg. Drahtm.) Der Parteivorstand der Demokraten hielt im Reichstag unter dem Vorsitz des Abg. Koch-Weser eine Sitzung ab, in der die parlamentarische Situation und die Stellungnahme der Demokratischen Partei zu den Vorgängen der letzten Tage ausführlich erörtert wurde. Dabei wurde einmütig betont, daß es für die Demokratische Partei darauf ankomme, das innere und äußere Stärkungswerk fortzusetzen. Der Parteivorstand befaßte sich auch mit Erörterungen, die sich an die Tätigkeit der Ausschüsse der Länderkonferenz geknüpft haben. Hierzu wurde folgender Besekluß gefaßt: „Der Parteivorstand begrüßt die Beseklüsse der Ausschüsse der Länderkonferenz, die sich mit den Beseklüssen und Entscheidungen der Partei decken. Der Parteivorstand fordert die Reichsregierung zu tatkräftiger Weiterführung der Reichsreform auf.“

## Kommunisten schließen auf Nationalsozialisten

Berlin, 14. Dez. Nach einer nationalsozialistischen Versammlung in Wilmersdorf wurden kurz nach Mitternacht verschiedene Teilnehmer auf der Straße von Kommunisten überfallen und angegriffen. Es fielen etwa 6 Schüsse. Der 19jährige Nationalsozialist Walter Fischer aus Trepten wurde mehrfach getroffen und so schwer verletzt, daß er sofort zusammenbrach und

### auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb.

Ein anderer Verlesammlungssteilnehmer, der der Partei nicht angehört, wurde durch einen Pfeilschuß in den Rücken verletzt. Die Polizei nahm zwei Kommunisten fest, die unter dem dringenden Verdacht stehen, die Schüsse abgegeben zu haben.

## Monsignore Dr. Pacelli an das Zentrum

### Dank für die Glückwünsche zum Kardinalshut

Berlin, 14. Dezember. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hatte an den Kunitus Pacelli anlässlich seiner Bestellung zum Kardinal solches Telegramm gerichtet: Dem neuen Purpurmantelträger entbietet die deutsche Zentrums-partei und ihre Reichstagsfraktion ehrerbietige Glückwünsche zu der von höherer Stelle erfolgten Auszeichnung für die unvergesslichen Verdienste um Kirche und Staat. Mit ihrer Freude paart sich aufrichtige Trauer um den Verlust des ersten Titelträgers der neugegründeten Berliner Kunitiatur, dessen Name für immer in die Annalen der deutschen Kirchengeschichte und Herzen des katholischen Deutschlands eingegraben bleiben wird. (gez.) Raas, Brünig.

Auf dieses Telegramm ist jetzt folgendes Schreiben des Kunitus Pacelli eingetroffen: „Hoheverehrte Herren! Die freudlichen Glückwünsche, die Sie im Namen der deutschen Zentrums-partei und der Reichstagsfraktion anlässlich meiner bevorstehenden Erhebung zum Kardinal an mich zu richten die Güte hatten, sind mir ein neuer, mit Genugtuung und Freude begrüßter Beweis für die Gefinnung, mit der Sie dem heiligen Stuhl, der apostolischen Kunitiatur in Berlin und auch meiner Person gegenüber beieilt sind. Lassen Sie mich Ihnen und Ihren Freunden hierfür meinen Dank sagen. Beim Schreiben aus meinem bisherigen Amt vergebenswärtige ich mir in aufrichtiger Erkenntlichkeit die großen und entscheidenden Dienste, die die deutsche Zentrums-partei, getreu ihren reichreichen Traditionen, der Verteidigung der Rechte und Freiheiten der Kirche geleistet hat, und wünsche ihr auf ihrem weiteren Wege als Lohn ihrer Mühen den Segen des Allhöchsten und Treue ihrer Gefinnung. Mit dem Ausdruck ganz besonderer Wertschätzung und verbindlichen Empfehlungen an den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion Ihre ganz ergebener Eugen Pacelli, Erzbischof von Sardes, Apostolischer Kunitus.“

## Der Storch im Straßenbahnwagen

Berlin, 14. Dez. Ein nicht alltäglicher Vorfall hat sich heute vormittag in einem Straßenbahnwagen ereignet. Während der Fahrt durch die Schönhauser Allee wurde plötzlich eine Infantin, eine 14jährige junge Frau, von einem Mädchen entbunden. Der ungewöhnliche Vorgang rief natürlich unter den übrigen Fahrgästen lebhafteste Bewegung hervor. Kind und Mutter wurden von einem Schupoemann mittels Drohske in das Virchow-Krankenhaus gebracht.

## Lebendig begraben?

Larnowik, 14. Dez. Infolge des Verkaufs des Rittergutes Rybna (Kreis Larnowik) an die polnische Siedlungsgesellschaft sollten die im Erbegräbnis beigesetzten drei Toten der Familie von Koschubky, die Eltern und deren Sohn Hanno, der im Kriege gefallen war, nach dem neuen Bestattung der Familie in Bronin, Kreis Ratibor, übergeführt werden. Als in Gegenwart des Kreisarztes und des Amtsvorstehers die Familiengruft geöffnet wurde, mußten die Anwesenden zu ihrem größten Entsetzen feststellen, daß die unteren Seitenbreiter des Sarges des schon vor neun Jahren angeblich an Erbesehlag gestorbenen Rittmeisters von Koschubky herausgedrückt waren. Der Tote lag auf dem Gesicht mit seitwärts gestreckten Armen. Die Leichendecke lag zertrümmert zu seinen Füßen. Da nicht der geringste Anhaltspunkt für eine Verabung des Toten gefunden werden konnte, muß angenommen werden, daß Rittmeister von Koschubky das fürchterliche Geschick hatte, scheinbar begraben worden zu sein.

## Heberfchwemmung im Elstrachangebiet

Moskau, 14. Dez. Die Wolga im Bezirk Astrachan ist über die Ufer getreten und hat weite Strecken überschwemmt. Nach einer amtlichen Mitteilung sind bisher sieben Dörfer vollständig überflutet und die Häuser vernichtet worden. Die Zahl der Personen, die den Fluten zum Opfer gefallen sind, steht noch nicht fest.

